

NICHT NUR FULDA: EIN BUNDESWEITES PROBLEM!

DAS PROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) finanziert im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ Projekte und Vereine, die angeblich die Demokratie fördern und Extremismus bekämpfen sollen.

Über dieses Programm erhalten auch Kommunen Fördermittel, die sie ihrerseits an lokale Träger ausschütten können. Dies ist gängige Praxis, auch in Fulda, wo der Antifa-Verein „FSSQ“ zu Kundgebungen gegen die AfD aufgerufen haben, bei denen z.B. Transparente mit der Aufschrift „12 Kugeln für die AfD“ gezeigt worden sind.

FÖRDERPROGRAMM GLEICHT EINER KRAKE!

- **Der Kopf der Krake** sitzt in Berlin und nährt sich vom Steuergeld der Bürger.
- **An den Saugnäpfen** der Tentakel sitzen linke NGOs, die sich vor Ort festsetzen, um gesellschaftlichen Einfluss auszuüben und Debatten zu lenken.
- **Ihre Tentakel** (Fördermittel) greifen bis tief in die kleinsten Kommunen hinein.
- **Tarnung durch „Tintennebel“:** Wer Transparenz fordert, wird mit juristischen Tricks und bürokratischen Ausflüchten geblendet, die Geldflüsse sollen unsichtbar bleiben.

- Beim Antifa-Straßenterror in Gießen wurde unser Bundestags-Abgeordneter Julian Schmidt verprügelt. Heute richtet sich diese Gewalt gegen die Polizei und die AfD. Morgen gegen alle Anderen, die nicht links sind. Oder es wagen, eine eigene Meinung zu artikulieren.

DIE AfD HANDELT, ANDERE SCHAUEN WEG!

ES IST MÖGLICH, DIESE KRAKE ZU BEKÄMPFEN!

In Fulda hat die AfD-Fraktion gezeigt, was möglich ist. Wir haben Licht ins Dunkle gebracht und den Grundstein dafür gelegt, den NGO-Sumpf trockenulegen und die Förderprogramm-Krake zu bekämpfen.

- **Transparenz geschaffen:** Zwei Akteneinsichtsausschüsse initiiert und die Missstände ans Tageslicht gebracht.
- **Systematische Fehler** bei Förderverträgen aufgedeckt, die eine Verschwendung von Steuergeld in Höhe von 67000 Euro verursachten.
- **CDU zur Kenntlichkeit entstellt:** Auch die CDU in Fulda schaut weg und hält die schützende Hand über die Förderpraxis, von der linke NGOs profitieren. Die Merz-Regierung finanziert dieses Netz mit Steuergeld, aus dessen Umfeld die Antifa-Gewalt hervorgeht. Das Ziel: Alles, was nicht links ist, bekämpfen.

Was wir in Fulda sehen, ist eine Blaupause für eine Förderpraxis, die es in ganz Deutschland gibt. Diese Staatsfinanzierung steht in engem Zusammenhang mit den linksextremen Gewaltezessen in Gießen. Spätestens jetzt muss dieser NGO-Sumpf trockengelegt und die Antifa als Terrororganisation eingestuft werden. Um es mit den Worten von Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, zu sagen: „**Kein Land auf der Welt ist so bescheuert, seine Feinde selbst zu bezahlen.**“

„Was in Fulda aufgedeckt wurde, ist auch in anderen Städten und Gemeinden möglich. Deswegen braucht es eine starke AfD - in allen Kommunen.“

PIERRE LAMELY MdB, VORSITZENDER DER AfD-FRAKTION
IN DER FULDAER STADTVERORDNETENVERSAMBLUNG



Alle verwendeten Bilder sind KI-generiert

Unbemerkt. Seit vielen Jahren.

ES PASSIERT AUCH BEI DIR!

Mit Steuergeld gefütterte NGOs sollen Stimmung gegen alles machen, was vom gewünschten Meinungsspektrum abweicht: Im Sport, der Kultur, den Medien, der öffentlichen Wahrnehmung, ja sogar an Deiner Schule, Deiner Uni oder an Deinem Arbeitsplatz.

Keiner bemerkt, dass der Staat damit etwas tut, was ihm laut Verfassung eigentlich verboten ist. Da er selbst die Opposition nicht bekämpfen darf, spielt er über Bande und verlagert diesen unerlaubten Kampf in den zivilen Sektor. Steuergeldgemästete NGOs verzerren seit Jahren den politischen Wettbewerb, manipulieren die öffentliche Willensbildung und bringen bei Bedarf problemlos Hunderttausende auf die Straßen, wie z.B. das Beispiel der Potsdamer CORREKTIV-Lüge zeigte.

DU KANNST ETWAS DAGEGEN TUN!

Auch in anderen Kommunen kann der toxische Förder-Filz in unseren Rathäusern aufgedeckt werden - mit einer starken AfD! Sorge auch Du mit Deiner Stimme dafür, dass Steuergeld nicht länger in den Taschen linker NGOs oder sogar der Antifa landet! Eine starke AfD wird diesen Sumpf trockenlegen! Flächendeckend. Auch in Deiner Gemeinde!



15. MÄRZ: AfD WÄHLEN!

VL.S.d.P.: Pierre Lamely | AfD-Landesverband Hessen | Ursulum 7, 35396 Gießen

WIE WIR DEN

NGO-SUMPF TROCKENLEGEN...



AUCH IN DEINER GEMEINDE & IN DEINER STADT!

ES PASSIERT AUCH BEI DIR, LASS DICH NICHT TÄUSCHEN!

Im sog. „Kampf gegen rechts“ pumpt das hochumstrittene Bundesprogramm „Demokratie leben!“ jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag in vornehmlich linke NGO-Strukturen. Doch das vermeintlich edle Motto ist eine clevere Täuschung! Es geht dabei nicht um den Schutz der Demokratie. In Wahrheit geht es um etwas ganz anderes:

**DU SOLLST BEVORMUNDET,
DEINE MEINUNG DISKREDITIERT &
ALS MENSCH AUSGEGRENZT WERDEN.**

Mit Steuergeldern finanziert die Bundesregierung linke NGOs, um sich ein politisches Vorfeld zur Meinungskontrolle und Bekämpfung der politischen Gegner zu schaffen. Das Ziel ist der eigene Machterhalt.

190 MIO. EURO MUSST DU DAFÜR ZAHLEN!

Nochmal: Etwa 190 Mio. Euro von Deinem Steuergeld allein für das Jahr 2026!

„Demokratie leben!“ ist ein riesiger, verborgener Krake, der von Berlin aus mit seinen unzähligen Fangarmen sogar bis in Deine Gemeinde wirkt.

Doch ein Akteneinsichtsausschuss der AfD in Fulda brachte jetzt erstmals Licht ins Dunkel. Ein Fangarm wurde enttarnt und so erschreckend, wie es zwischen Berlin und Fulda zugeht, passiert es vielleicht auch in Deiner Gemeinde.

**ERFAHRE AUF DEN FOLGENDEN SEITEN, WAS DIE
AFD UNGLAUBLICHES HERAUSGEFUNDEN HAT!**

EINE BEHÖRDE AUßER KONTROLLE!?

PERSONAL-DREHTÜR ZWISCHEN NGOs & BEHÖRDE!

Im Zentrum der Verstrickungen steht eine städtische Behörde: Das Amt 51 der Stadt Fulda. Als Prüfinstanz ist es für die Vergabe und Kontrolle von Fördergeldern zuständig. Seine Unabhängigkeit und Neutralität sind entscheidend, um sicherzustellen, dass Steuergeld nach geltenden Regeln verwendet wird. Doch unsere Recherchen zeigen, dass genau diese Unabhängigkeit massiv kompromittiert wurde. Wir haben einen „Drehtür-Effekt“ zwischen dem Amt 51 und linken NGOs ans Tageslicht gebracht:

1 AMTSLEITERIN WECHSELT ZUM ANTIFA-VEREIN

Eine langjährige Abteilungsleiterin des Amtes 51, die u.a. für die Prüfung des Antifa-Vereins „Fulda stellt sich quer“ (FSSQ) zuständig war, wechselte unlängst direkt in dessen Vorstand. Brisant: Sie ist bis heute bei derselben Behörde beschäftigt. Die ehem. Kontrolleurin wird Teil des kontrollierten Vereins: Ein andauernder Interessenkonflikt.

2 LINKSAKTIVISTEN WECHSELN ZUR BEHÖRDE

Umgekehrt erhielten drei Aktivisten der Links-Vereins „Welcome In! e.V.“ über Jahre eine feste Anstellung im Amt 51 – genau in jener Behörde, die für die Prüfung und Finanzierung des eigenen Vereins verantwortlich ist.

„*„Demokratie leben!“ ist eine perfide Täuschung! Seine staatlichen Steuermillionen fördern keine freie Zivilgesellschaft, sondern in Wahrheit eine intolerante, regierungshörige Jagdgesellschaft gegen Andersdenkende.*“

FRANK SCHÜSSLER, stv. VORSITZENDER DER AfD-FRAKTION
IN DER FULDAER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

VEREIN „WELCOME IN! e.V.“

PRÜFER UND PRÜFLING IM SELBEN TEAM!

Eine klare Trennung zwischen denen, die Fördergelder erhalten und denen, die sie kontrollieren, ist Grundlage verantwortungsvoller Haushaltspolitik. Der Fall des Grünen-nahen Vereins „Welcome In! e.V.“ zeigt, wie diese Grenze in Fulda systematisch verwischt wird.

PERSON 1

Ab 2017 zweites Vorstandsmitglied des Vereins, war gleichzeitig von 2017 bis 2020 im Amt 51 angestellt.

PERSON 2

War von März 2022 bis August 2023 beim Verein angestellt und wurde bereits im Juli 2023, also während ihrer Vereinstätigkeit, Mitarbeiterin im Amt 51, wo sie bis heute tätig ist.

PERSON 3

War 2019 bis 2020 beim Verein tätig und wechselte direkt im Anschluss von 2020 bis 2023 ins Amt 51 der Stadt Fulda.

Als Mitarbeiter des Amtes 51 bekamen diese drei Personen sogar Rechnungen ihrer (ehemaligen) Vereinskollegen zur Prüfung und Erstattung vorgelegt! Eine solche Nähe macht jede objektive Distanz unmöglich und untergräbt das Vertrauen in die Verwaltung.

175.000 EURO KOMMUNALES STEUERGELD OBENDRAUF!

■ Allein in den Jahren 2023 und 2024 erhielt der Verein über **175.000 Euro** aus dem städtischen Haushalt. Zusätzliche Mittel flossen von privaten Stiftungen, dem Land Hessen und aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

ANTIFA-VEREIN „FULDA STELLT SICH QUER e.V.“

STEUERGELD FÜR LINKE HETZE!

Ein weiteres Beispiel ist der Antifa-Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“ (FSSQ), der sich sowohl durch finanzielle Unregelmäßigkeiten als auch durch politisch fragwürdige Aktionen auszeichnet.

■ **Systematische Fristversäumnisse:** In 22 Fällen wurden Berichtsfristen um bis zu sechs Monate überschritten. Drei weitere Berichte fehlen bis heute.

■ **Doppelte Abrechnungen:** Identische Rechnungen wurden mehrfach zur Erstattung eingereicht, was einen Schaden von über 1.200 € verursachte.

■ **Politische Grenzüberschreitung auf Steuerzahlerkosten:** Bei einer Exkursion zur Gedenkstätte Buchenwald, die mit Geldern aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wurde, kam es zu einem würdelosen Vorfall: Der Vereinsvorsitzende (SPD-Mitglied) führte eine Besuchergruppe über das Gelände und trug dabei einen Pullover mit der Aufschrift „EKEHLAHD“. Diese Aktion ist eine „kohtextlose Schmähkritik“ und verstößt so gegen die Förderauflagen des Bundesfamilienministeriums. Die zynische Reaktion des Amtes 51 auf den Vorfall: Es sei nicht Teil der Prüfung, „individuelle Kleidungsentscheidungen zu bewerten“.

67.000 EURO STEUERGELD IN DEN SAND GESETZT!

■ **67.000 Euro** können nicht zurückgefordert werden, weil die Stadt offenbar ein fragwürdiges Verhältnis zu Vertragspflichten hat. In den Verträgen steht unmissverständlich: „Liegt der Verwendungsnachweis zum Stichtag nicht vollständig vor, müssen die Fördermittel in voller Höhe zurückgezahlt werden.“ Trotzdem weigert sich die Stadt und bezeichnet ihre eigenen, vertraglich fixierten Fristen plötzlich als bloßes „sanftes Druckmittel“, welches keine Rechtsgrundlage habe.